

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Abnehmer 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat. Durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Verkehrs-Anschluß: Ring Nr. 8987.

Freitag, 11. November 1921

Anzeigenzelle: Die gewöhnliche Millimeterzelle oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Klamme: Die Millimeterzelle, gewöhnlich oder deren Raum im Text 3.— M.

Die sterbende Mark.

Ein Dollar bis auf 340 Papiermark gestiegen.

Berlin, 9. November.

Der Dollar, der vorgestern amtlich mit 287 als Schlusskurs notierte, stellte sich gestern morgen in Berlin auf 315 und bald darauf auf 330 bis 340. Zu den Mittagstunden kam durch mahnungsfähige Gerüchte in den Verkehr eine große Unsicherheit. Um 1 Uhr mittags galt der Dollar 300, etwas später 308, der Schlusskurs lautet auf 310.

Nach gestern waren zwischen 2 und 4 Uhr Kursmarter in großer Zahl in den Räumen der Börse zur Entgegennahme von Aufträgen anwesend. Die Kauflust nach Sachwerten ist immer noch ungemindert. Sehr groß war das Interesse für Petroleumwerte, nachdem auf der vorgestrigen Rostocker Generalversammlung Hoffnung auf eine weitere gute Konjunktur gemacht worden war. Von ober-schlesischen Werten wurde vor allem Hohenlohe verlangt.

Unaufhaltsam rutscht die Mark in den Abgrund. Seit dem 1. November stieg der Dollar um 71 Prozent von 150 auf 340, also um mehr als zwei Drittel; seit dem 15. Oktober hat sich der Dollarkurs mehr als verdoppelt: Mitte Oktober zahlte man für 1 Dollar nur 131 Mark, das macht eine Steigerung von 140 Prozent aus.

Die deutsche Mark ist heute bald nur 1 Pfennig wert. Der mit der Sache weniger vertraute macht sich gar kein richtiges Bild von der katastrophalen Entwertung, der die Mark täglich unterworfen ist. Wenn die Mark heute z. B. 1 1/2 Goldpfennig wert ist und am nächsten Tag nur 1 1/4, so glauben die meisten Menschen, es handle sich bloß um 1/4 Pfennig und denken nicht weiter darüber nach. In Wirklichkeit ist es viel, viel schlimmer. Gerade bei diesem Tiefstand spielt schon ein Zehntel Pfennig sogar eine sehr wichtige Rolle. Um bei unserem obigen Beispiel zu bleiben, darf nicht übersehen werden, daß 1/4 Pfennig von 1 1/2 = ein Sechstel ist. Mit anderen Worten, die Ent-

wertung ist ungefähr 17 Prozent. Das bedeutet, daß alle ausländischen Waren dadurch automatisch um 17 Prozent verteuert werden; wofür man gestern 100 Mark zahlte, muß man heute schon 117 bezahlen. Wenn der Dollar vom 1. November bis zum 7. November um 61 Prozent gestiegen ist, so bedeutet es eben, daß die Warenpreise für die Güter, die man aus dem Auslande beziehen muß, in Mark gerechnet, sich um etwa zwei Drittel verteuert haben, obwohl der innere Wert der Mark, absolut gerechnet, sich nur um 0,9 Pfennig verringerte.

Durch die Geldentwertung wird der Kampf der Arbeiterschaft um ihre Existenz von Tag zu Tag schwieriger. Die Unternehmer haben es nicht mehr nötig, so wie in den Sommermonaten, den formellen Lohnabbau durchzuführen, denn ohne ihr Zutun wird der Lohn durch die sinkende Valuta unausgesetzt „abgebaut“. Ohne jegliche Anstrengung häuft sich dadurch der Unternehmergewinn ins Riesenhafte, während die Arbeiterschaft gezwungen ist, in opferreichen Kämpfen ihren Lohn wenigstens einigermaßen den Preisverhältnissen anzupassen. Die Arbeiterschaft erscheint dadurch immer als die Anreisende, während in Wirklichkeit alle diese Kämpfe einen Defensivcharakter tragen. Es ist auf die Dauer unmöglich, daß das Proletariat, dessen Einkommen selbst bei Vollarbeit weit unter dem Existenzminimum ist, in fortgesetzten Einzelkämpfen die denkbar schwersten Opfer bringt. Wann werden endlich die Gewerkschaftsleitungen zu der Einsicht kommen, daß der Arbeiterschaft in der Tat nichts anderes übrig bleibt als der Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft auf das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt!

Der Reallohn sinkt rapid, die Verelendung steigt, und die SPD? — sie verbindet sich mit Stinnes. Wie jämmerlich!

wirtschaften die Forderung zu unterbreiten, für die Gemäßigten einzutreten.

Wir werden morgen in einem ausführlichen Artikel auf den Berliner Gastwirtsangestelltenstreik zurückkommen, der nach fünfwöchigem, tabern Kampfe durch die Kompromiß- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsleiter einerseits, durch die Lokalisierung des Kampfes andererseits zu einer Niederlage der Streikenden führte.

Generallstreik in Saarbrücken.

Saarbrücken, 9. November.

Anßer den Straßenbahnern, die seit gestern in Streik stehen, sind auch andere städtische Arbeiter und Angestellte der Betriebe in den Ausstand getreten. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet, doch ruht zwischen 5 Uhr abends und 5 Uhr morgens die Gas- und Elektrizitätsversorgung. Die Stadt liegt im Dunkel. Die meisten Geschäfte haben geschlossen.

Streik im Eisenwerk Hoesch, Dortmund.

Da die Unternehmer die berechtigten Forderungen der Maschinen- und Heizer des Stahlwerkes Hoesch auf eine Lohnerhöhung nicht bewilligten, sind diese in den Streik getreten. Dadurch ist das gesamte Werk stillgelegt worden.

Die Kartoffelernte.

Soeben wird amtlich mitgeteilt, daß in diesem Jahr nur 2,8 Millionen Tonnen Kartoffeln gegenüber 2,2 Millionen Tonnen im Vorjahre geerntet worden sind. Im letzten Kriegsjahre wurden im Deutschland heutigen Umfangs über 4,5 Millionen Tonnen geerntet.

Rein technisch gesehen würde auch in diesem Jahre die Kartoffelernte für die Versorgung der Bevölkerung ausreichen können, wenn nicht massenhaft Kartoffeln zum Schnapsbrennen benützt, wenn nicht Hunderttausende von Zentnern nach dem Westen, insbesondere nach England exportiert, wenn nicht schließlich große Mengen verfault würden. Die Regierung hat sich bisher unfähig gezeigt, irgend etwas zur Vermeidung der Ernährungskatastrophe zu unternehmen. Die proletarischen Organisationen werden von ihr ein striktes Ausfuhrverbot, ein unbedingtes Brennverbot und die Beschlagnahme aller größeren Vorräte erzwingen müssen.

Au unsere Abonnenten und Leser!

Wegen der in unserem Druckereibetriebe am 9. November bestehenden Arbeitsruhe erscheint unsere Zeitung heute ohne lokalen Teil und nur in beschränktem Umfang.

Stinnes und seine Bajallen.

Der abgehende preussische Ministerpräsident Stegerwald veröffentlicht in seiner Zeitung „Der Deutsche“ eine lange Erklärung über seinen Rücktritt. Zwei Stellen sind daraus für Arbeiter und auch für die kleinen Leute von Interesse, die der Zentrumspartei angehören. Die eine Stelle lautet: „Mit Parla ment s mehrheiten läßt sich nämlich, was viele Leute nicht zu wissen scheinen, keine Politik machen.“ Das sagt Stegerwald nicht etwa zur Begründung der Mätee-republik und zur Kennzeichnung der Wertlosigkeit des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie, sondern um die Unterwerfung der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums unter das Großkapital, die Stinnes und Konsorten, zu rechtfertigen. Daß eine Parla ment s mehrheit kein Geld beschaffen könne, das habe die sozialistische kommunistische Reichsmehrheit in Berlin bewiesen. Wenn der Staat Geld will, darauf läuft seine Erklärung hinaus, so muß er sich den Bedingungen des Großkapitals unterwerfen, so muß er seinen Vertretern direkt die Regierung in die Hand geben. Das ist der Sinn der „Großen Koalition“. Stegerwald erklärt, die von ihm erstrebte Koalition habe mit Freundschaft zum Kapitalismus nichts zu tun. Das kann man als wahr unterstellen. Der Grund, warum das Zentrum und die Sozialdemokratie vor dem Großkapital kapituliert, ist weniger die Liebe zu Stinnes, als die Furcht, gegen ihn zu kämpfen, der Unglaube an die Revolution, an die geeinte Macht der Arbeiterklasse.

Das Bekenntnis Stegerwalds von der Ohnmacht rein parlamentarischer Mehrheiten erlaubt zwei Folgerungen: die eine, die Stegerwald zieht, die Unterwerfung unter die Kapitalmächte, die andere, die Stegerwald nicht zieht, die aber die Arbeiter und der kleine Mittelstand werden ziehen müssen: das direkte Einmarschieren der anderen und letzten Endes stärkeren Wirtschaftsmacht, der Arbeit. Angestellten, unteren und mittleren Beamten, und des kleinen Mittelstands. Wir werden sogleich sehen, was die Unterwerfung unter das Kommando der Schwerindustriellen und der Großfinanz für Arbeiter und kleine Leute bedeutet.

Die zweite wichtige Stelle in der Rede Stegerwalds ist die, wo er sagt, man dürfe entweder keine vermögenslosen Personen für kurze Zeit zu Ministern machen oder man müsse ihnen eine ausreichende materielle Minderdeckung geben. Die Begründung verdient die volle Aufmerksamkeit der Arbeiter. Sie lautet:

„Mehrere erste Kräfte, denen ich im letzten Jahre Vorhaltungen darüber machte, daß sie die Berufungen zu den wichtigsten Reichsministerien abgelehnt hätten, gaben mir zur Antwort, daß sie ihre mühsam erarbeitete Existenz nicht aufgeben könnten, um für ein halbes Jahr Minister zu sein und dann wieder von vorn anfangen zu müssen. Alle Leute machen es nicht wie Rathenau, der zahlreiche einträgliche Ausschichtstellen bei Annahme des Wiederaufbauminiesteriums angraben hat. Die Beispiele von Noske und Bauer schreden sodann. Noske hat sich um das deutsche Volk große Verdienste erworben. Er hat sich durch sein energisches Zugreifen bei zahlreichen kommunistischen Putsch als Funktionär innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung unmöglich gemacht. Er schied nach dem Kapp-Putsch als Reichswehrminister aus. Nach längerer Verbannung ins Exil wurde er durch das Eingreifen der preussischen Regierung Oberpräsident von Hannover. Und Bauer? Er war Kanzler des Reichstages. Unter ihm wurden bis zum Kapp-Putsch mehrere Ministerien niedergeschlagen. Nach er hat sich daher in der Gewerkschaftsbewegung unmöglich gemacht und mußte nach der Reichstagswahl von 1920 nach längerer Verdienstlosigkeit als ehemaliger Kanzler in schwerer Zeit in der Konsumereinsbewegung Unterkunft suchen.“

Diese Stelle ist in ihrer Art klassisch. Die Arbeiter sehen daraus, daß die Bürgerlichen vielfach vor öffentlicher Tätigkeit zurückschrecken, wenn sie nicht ein Privatgeschäft damit machen können und daß ein Gewerkschaftsführer wie Stegerwald erwartet, daß das Bürgertum ihn und Leute wie Noske und Bauer „sicherstellt“, wenn die Arbeiter nichts mehr von ihnen wissen wollen, nachdem das Bürgertum sie aus dem politischen Bütteltum entlassen hat. Besser als alles kennzeichnet diese Sprache die Rolle der Arbeiterführer vom Schlage Stegerwald, Noske, Bauer. Sie fühlen sich als die Ausgebildeten des Bürgertums, und Stegerwald hat den schamlosen Mut, zugleich im Namen der anderen, auf offenem Markt den Preis der Prostitution zu verlangen. So präsentiert sich also nach drei Jahren die „bürgerliche Demokratie“: mit dem Bettlerhut in der Hand vor den Kapitalstönigen. Nicht nur, daß ihre Vertreter diesen Kapitalstönigen Staat, Parlament und das arbeitende Volk ausliefern, sie bitten noch um ausreichendes Trinkgeld für diesen „Dienst“, für den Fall, daß die Arbeiter sich weigern, die Silberlinge für Judas aus der eigenen Tasche zu zahlen.

Wie die „Industrieherzöge“ und die Bankkönige ihre Rolle auffassen, das zeigt die letzte Tagung des „Reichsverbandes der Industriellen“, und das zeigen die ungeschwämmden Vorgänge an der Börse. In einer Reihe von Blättern liegen jetzt Schilderungen der Industriellentagung

Wachsende Hungerpreise.

Auf dem Berliner Fettmarkt wird für Butter im Großhandel nach dem Bericht der Firma Gebr. Gause 36 bis 37,50 Mark bezahlt. Die Preise für Speck waren im Großhandel 25 bis 30 Mark.

Auf dem Eiermarkt notierten im Großvertrieb 1000 Stück in Berlin 2900 bis 3000 Mark, in Schlesien 2900 bis 3000 M., in Westdeutschland 2950 bis 3100 Mark. Das bedeutet für den Kleinhandel Preise von 3 Mark bis 3,50 Mark das Stück, d. h. den 50- bis 60fachen Friedenspreis.

Die Getreidepreise sind in den letzten Tagen um etwa 1000 Mark für die Tonne gestiegen. Märkischer Weizen notierte zwischen 8000 und 8200 Mark, Roggen zwischen 6000 und 6200 Mark, märkischer Hafer gleichfalls bis 6000 Mark die Tonne.

Für Erbsen wurden für den Zentner 450 bis 480 Mark gezahlt, was einem Kleinhandelspreis von über 5 Mark entspricht.

Zur gestrigen Produktendörse in Berlin schreibt die „Industrie- und Handelszeitung“:

„Die hohen Forderungen des Inlandes für Getreide schrecken die Käufer allgemein zurück, so daß schon aus diesem Grunde das Geschäft mehr und mehr ins Stoden gerät. Die Nervosität und Unsicherheit des Marktes wurde wesentlich gesteigert.“

In der Zeit vom 4. bis zum 7. November stieg der Preis für einen Doppelzentner Elektrolytkupfer von 6720 auf 8287 M., für Raffinadekupfer in der gleichen Zeit von 5500 auf 7800 M., für Weichblei von 2200 auf 2900 Mark, Aluminium (100 kg) stieg in derselben Zeit von 9000 auf 12000 Mark, Anstrahlguss von 14000 auf 19- bis 20000 Mark.

Der Berliner Gastwirtsangestelltenstreik abgewürgt.

4000 Gemäßigtere.

Berlin, 7. November 1921.

Im Streit der Gastwirtsangestellten ist in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag der Spruch des Schiedsgerichts erfolgt. Danach erhalten die Kellner aus Bier-, Saal- und Gartenlokalen ein garantiertes Monatsgehalt von 1600 M., aus Weinrestaurants und Kaffees ein solches von 1800 M. Es wird ein zehnprozentiger Zuschlag von der Zechen erhoben. Von diesen 10 Prozent erhält der Kellner zunächst die Garantiesumme, am Ende des Monats werden die Ueberschüsse gleichmäßig auf sämtliche Kellner des Betriebes verteilt. Grundsätzlich besteht das Verbot der Annahme von Trinkgeldern.

Berlin, 8. November.

Am Dienstag vormittag zogen die aus Anlaß des Gastwirtsgehilfenstreiks Gemäßigteren in einer Demonstration von etwa 4000 Mann vor das Berliner Gewerkschaftshaus, um den Ge-

vor. Uebereinstimmend wird festgestellt, daß die Entschickung, die angenommen wurde, auf Hugo Stinnes zurückgeht. Die Entschickung gibt die Bedingungen an, unter denen die Schwerindustrie und die Banken mit dem Staat über eine Kreditbeschaffung verhandeln wollen.

Als die Hauptpunkte der Resolution Stinnes werden folgende angegeben: 1. die Freiwilligkeit der Leistung der Industrie wird betont; 2. die der Wirtschaft angelegten Fesseln müssen beseitigt werden; 3. das Heer der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Staatsbetrieben muß auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden; 4. die Staatsbetriebe sollen dergeßtaht in Ordnung gebracht werden, daß in ihnen nur noch produktive Arbeit geleistet wird; 5. die Reichsregierung soll eine Finanzpolitik verfolgen, die das Opfer der vorübergehend unfreiwillig für das Reich einbringenden Industrie rechtfertigt. Ein Vergleich der Stinnesresolution mit der endgültig angenommenen „Erklärung“ ergibt, daß beide sich bedecken. Stinnes hat vollkommen gefügt. Was befragt das Diktat? Die staatlichen Preisregelungen (Kohlenpreis, Ausführungsregelungen usw.) sollen fallen, der Achtstundentag soll fallen, das Streikrecht soll fallen, die Staatsbetriebe sollen „laufmännisch“ betrieben, d. h. der Privatindustrie in die Hand gegeben werden, „überflüssige“ Beamte und Angestellte der Staatsbetriebe sollen auf die Straße fliegen, und schließlich die Industrie- und Finanzkönige sollen wie bisher von einer wirklichen Steuerbelastung verschont bleiben. Was gefordert wird, ist die vollständige Auslieferung des Staats, der Arbeiterschaft und des Mittelstandes an die „Industrieherzöge“ und Finanzkönige. Es ist: volle Freiheit, den Arbeiter im Betrieb auszubeuten, volle Freiheit, den Arbeiter und den kleinen Mann als Konsumenten auszunutzen, Steuerfreiheit für das Kapital und Steuerbefreiung der Arbeiter und Mittelständler, und schließlich, als Krönung, die Uebergabe der letzten und stärksten wirtschaftlichen Machtmittel, der Eisenbahn, der Wasserwege und der anderen Staatsbetriebe an Stinnes und seine Räuberbanden. Und was wird als Gegenwert für diese räuberischen Erpressungen geboten? Blauer Dunst. Die Industrie und die Banken werden versuchen, eine Auslandsanleihe aufzunehmen, oder in ganz unbestimmter Höhe dem Reich selbst zu pumpen, gegen gute Verzinsung und gegen Sicherstellung der Rückzahlung. Der Räubervertrag von Br. St. Tirowst und von Versailles kann sich vertriehen vor die Augen der Nation.

Gleichzeitig brauchen diese großen Räuber die Börse, um dem Volk die Kehle zuzubrüden. Die Industrie stürzt wie wild auf „Sachwerte“ (Industrieaktien) und fremde Devisen. Unter diesem Ansturm hat heute die Papiermark den Wert von 14 Goldpfennigen erreicht, den Stand der österreichischen Krone vor einer Woche.

Inzwischen sind die Parteien der Kleinbürgerlichen Demokratie, Zentrum und Sozialdemokraten und auch die Demokraten in Preußen ihr Bündnis mit der Stinnespartei und in Preußen eingegangen und die „große Koalition“ für die Reichsregierung ist in Vorbereitung. Ein Narr nur kann hoffen, daß diese Regierung mit Stinnes und den Seinen kämpfen wird. In der Steuerfrage ist die Kapitulation bereits erfolgt. Von „Erfassung der Sachwerte“ ist keine Rede mehr. Und über das von dem Minister Schmidt angekündigte Gesetz gegen die Börsenspekulation wird die Börse sich auschütten vor Lachen. Das Gesetz wird nur die armen Teufel von kleinen Spekulanten um so fester in die Hand der großen Berufspekulanten geben. Weiter nichts. Im Reichstag hielt gestern der Sozialdemokrat Braun-Kürberg eine donnernde Anklage gegen die Steuerminister der Regierung — in der seine eigene Partei sitzt. Wenn das nicht Kasperletheater spielen heißt, so hat es nie eins gegeben.

In dieser Stunde müssen die breiten Massen selber sprechen und handeln. Die „parlamentarische Methode“, darin hat Siegerwald recht ist — nur eine Scheinmacht. Das, was die „Industrieherzöge“ tun, das muß die Masse tun: direkt ihre Macht in die Taschen der Herren. Die Massen müssen jetzt den Stiel umdrehen. Sie müssen die „Industrieherzöge“ und Finanzkönige am Stricken nehmen. Wenn die Arbeiterschaft dahinter steht, braucht der Staat nicht vor ihnen ins Lauseloch zu kriechen. Die Arbeiterschaft muß den Staat zwingen, auf die Sachwerte Beschlagnahme zu legen, sich zum überwiegenden Mittel der sozialistischen Unternehmungen zu machen, alle Lasten des Staates auf diesem Weg den großen Kapitalräubern aufzuerlegen. Das ist ein Gebot der Notwehr.

Auch die Unabhängigen fordern „Erfassung der Sachwerte in kürzester Zeit in jeder notwendigen Höhe“. Sie müssen sich klar sein, daß das nicht im Parlament durchzusetzen ist, am allerwenigsten durch dieses Parlament. Die Arbeiterschaft muß Klarheit darüber haben, ob das wirkliche Kampf mit den Massen bedeuten soll oder was sonst. Wir, die Kommunisten, wenden uns an die Massen von der Parlamentariermethode fern, hat alles in der parlamentarischen Konton, Beamtengehältern, Arbeitergehältern und in öffentlichen Versammlungen. Wir werden die Arbeiterschaft und dem kleinen Mittelstand zu erklären, was eine Krise um eine Krise an sich ist. Es gilt, den Stiel zu zerbrechen, den die Industrieherzöge am Stricken haben. Diese Räuber durch die Allgemeinheit in die Tasche zu legen.

A. Th.

Die SPD. in der württembergischen Ortschaftsregierung.

Bekanntlich ist es auch in Württemberg zu einer Regierungsübernahme gekommen. Der Sozialdemokrat Reil ist in das Ministerium eingetreten.

Im „Berliner Tagblatt“ schreibt Konrad Hasenauer über die Art, wie die Verhandlungen bei der Regierungsbildung geführt worden sind:

Die Verhandlungen zwischen Reil und der Regierung sind während reich, vertraulich und geräuschlos durchgeführt worden. Die Zeitung ruft in den Händen des Staatspräsidenten. Pressekreise haben unterdessen der Vorgänge der Schritte der Deutschen Sozialdemokratie im Lauf der Verhandlungen eingeschaut, er anerkennt die konstitutionelle Verantwortlichkeit der Entscheidung und nicht mit seiner Gruppe der Regierung keine grundsätzliche Opposition machen.

Die württembergische Demokratie ist nachgerade zu einer vollkommenen Minderheit herabgesunken. „Schicksal“ der Sozialdemokratie mit Unterstützung der Stinnespartei ist das Ziel.

Zur Stinneskoalition in Preußen

schreibt die sozialdemokratische Chemiker „Vollstimme“:

„Aufs schärfste ist der Eintritt unserer Genossen in die preussische Regierung zu mißbilligen und zu bedauern. Das Experiment, das nun einmal angefangen ist, muß trotz allem, was dagegen spricht, zu Ende geführt werden. Es wird ein baldiges Ende mit Schrecken nehmen. Dann aber müssen die Parteigenossen im ganzen Reich unweigerlich fordern, daß nun ein Ende gemacht wird mit dieser Politik, und daß endlich die Blickrichtung einer Reihe von Genossen vom Starren nach rechts endlich nach links gekehrt wird. Wird sich, wie die Deutsche Volkspartei triumphiert, der Erfolg nicht auf Preußen beschränken, sondern auch auf das Reich auswirken, so haben unsere preussischen Genossen die Pflicht, aus der Katastrophe wenigstens zu lernen und es muß das getan werden, was ohne dieses loslose Nachlaufen hinter der Stinnespartei wohl hätte vermieden werden können. Auch im Reich muß unsere Partei sich zum Austritt aus einer nach rechts erweiterten Regierung entschließen, um sie durch schärfste Opposition zu Fall zu bringen und den Weg für sozialistische Politik freizumachen.“

Die bisherige Regierung bestand zwar aus Zentrum und Demokraten, hat sich aber stets auf die Deutschnationalen gestützt und eine Ortschaftspolitik nach bayerischem Muster gemacht. Dem Verlauf der Verhandlung nach zu urteilen, wird auch die SPD. diese Politik mitmachen.

Das gerade Reil Minister geworden ist, hat seine guten Gründe. Reil war der Kandidat der SPD. für den Posten des Reichsfinanzministers; weil den bürgerlichen Parteien auch dieser sehr hohe Posten als zu radikal für die Verwaltung der Finanzen galt, hat man ihn schleunigst auf einen anderen Posten abgehoben.

Die Verantwortung der USP.

Mit der Bildung der großen Koalition in Preußen hat das Großkapital den ersten Schritt zur vollen Herrschaft getan. Daß es dabei nicht bleiben wird, daß die Stinnes alles daran setzen werden, um ihre Ziele vollständig zu erreichen, liegt auf der Hand. Die neuen Bedingungen für die Gewährung der Kreditanleihe sind das beste Anzeichen dafür.

Gestern schon kündigt der „Vorwärts“ die Bildung einer Stinneskoalition auch im Reich an. Er schreibt:

„Die Frage, ob die Deutsche Volkspartei für eine Koalition im Reich in Betracht kommt, kam danach für uns auf die Frage hinaus, ob die Deutsche Volkspartei bereit ist, die bisherige Regierungspolitik unter der bisherigen Führung zu unterstützen.“

Was das bedeutet, wird vollends dadurch klar, daß der „Vorwärts“ erklärt, Birth, also die „bisherige Führung“ der „bisherigen Politik“, trete für die große Koalition ein. Die SPD-Führer sind also bereit, durch eine Stinneskoalition auch im Reich sich in den Dienst des Stinneschen Finanz- und Steuerprogramms zu stellen.

Freilich, die eintägige Empörung der Mitglieder-massen gegen eine Koalition mit der Stinnespartei zwingt die sozialdemokratischen Führer, sich möglichst vorsichtig auszudrücken. Der „Vorwärts“ erklärt, daß die große Koalition in Preußen nur ein „Experiment“ sei. Der Berliner Bezirksvorstand spricht in seiner Resolution, die der preussischen Stinnesregierung freie Hand läßt, von „schweren Bedenken“.

Die SPD-Führer sind aber keineswegs so dumm, wie sie sich stellen. Die Behauptung, daß es sich in Preußen nur um ein „Experiment“ handle, wird bündig widerlegt durch die Aktion, die der „Vorwärts“ für eine große Koalition im Reich macht. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ stellt fest, daß das angebliche Regierungsprogramm der neuen Koalition in Preußen, das der „Vorwärts“ veröffentlichte hatte, in Wirklichkeit nicht existiert. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt weiter:

„Sie (die SPD.) weiß sehr wohl, daß sie damit den Traum einer sozialdemokratischen Einheitsregierung endgültig aufgibt, und sie wird es vorausgesehen haben, daß ihr aus den Reihen der Unabhängigen jetzt die schärfsten Angriffe kommen.“

Die sozialdemokratischen Führer wissen sehr gut, was sie tun und wofür sie stehen. Trotz der Maske der Neutralität, mit der sie die Massen zu täuschen suchen.

Die Arbeiter müssen deshalb die Ereignisse in ihrer ganzen Tragweite fassen. So sehr es heißt, daß die gesamte Arbeiterschaft die Bildung einer Stinneskoalition als einen gegen sie selbst gerichteten Schlag empfindet, so steht es auch fest, daß diese Enttäuschung wirkungslos verpuffen wird, wenn nicht die entsprechenden Konsequenzen für die praktische Politik gezogen werden, wenn die Arbeiterschaft diese Enttäuschung nicht durch einen einheitlichen Kampf gegen die Pläne des Großkapitals und seine Regierung hindert.

Diese selbstverständliche Forderung vermüssen wir vor allem in der Haltung der Unabhängigen Partei. Die „Freiheit“ unterwirft die Haltung der Sozialdemokratie zweimal täglich der schärfsten Kritik. Sie sagt an, sie kommt, aber damit ist auch die Kraft der „Freiheit“ zu Ende.

Ober sich die Unabhängigen der Ansicht, daß eine Stinneskoalition am wirksamsten bekämpft wird, wenn man eine Regierung wie die Births unterstützt? Kann die Politik von Stinnes mit Hilfe der Politik Births bekämpft werden? Nicht nur der Hinweis des „Vorwärts“, daß Birth selbst Anhänger der großen Koalition ist, sondern die ganze Geschichte der letzten drei Wochen sind der schlagende Beweis dafür, daß die Regierung Birth nur die Wegbereiterin und Platzhalterin der großen Koalition ist. Man kann die große Koalition nicht mit Hilfe der kleinen Koalition bekämpfen. Eine solche Politik läßt wohl aber selbst auf eine indirekte Unterstützung der Stinnespolitik hinaus, weil die Parteien der kleinen Koalition sich dem Großkapital mit Wort und Tat verpfänden haben.

Eine wirksame Durchsetzung der Pläne des Großkapitals ist nur möglich, wenn man jede Koalitionspolitik aufgibt und an die Massen der Arbeiter appelliert. Die bisherige Politik der Unabhängigen hat den sozialdemokratischen Führern ihr Spiel nur erleichtert.

Weil die Unabhängigen alles darauf angelegt hatten, jeden Schritt und jede Tat der SPD-Führer mitzumachen und zu bedecken, bildeten sie die Abdeckung der SPD-Führer gegen den Groll der Massen. Weil die Unabhängigen das Kabinett Birth, eine bürgerliche Koalition, unterstützten, halfen sie den SPD-Führern zur Bildung der einzigen Koalition, die für die Bourgeoisie jetzt in Frage kommt, der Stinneskoalition.

Wenn das Wort von der proletarischen Einheitsfront, das die „Freiheit“ am Tage der Bildung der preussischen Regierung aussprach, Wirklichkeit werden soll, müssen die Unabhängigen ihre Politik darauf einrichten. Man kann nicht gleichzeitig die Regierung Birth, die Wegbereiterin der großen Koalition, unterstützen, und dabei doch eine Koalition mit Stinnes bekämpfen. Man kann nicht gleichzeitig nach der proletarischen Einheitsfront rufen und, Hand in Hand mit der Gewerkschaftsfraktion der SPD., alle Regungen der Arbeiterschaft nach Vereinheitlichung der Kämpfe bekämpfen.

Die gesamte Arbeiterschaft, auch die großen Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, sind gern bereit, gegen die Anschläge des Großkapitals zu kämpfen. Dieser Wille kann aber nur realisiert werden, wenn in allen Arbeiterorganisationen vor allem in den Gewerkschaften, eine revolutionäre Politik betrieben wird, um die kommenden Steuer- und Wirtschaftskämpfe zu großen Massenkämpfen zu gestalten. Es ist an den Unabhängigen, ob sie mit dem Strom gehen wollen oder gegen ihn!

Hörfings neue Affion.

Halle, 7. November.

Am Sonnabend früh 6 Uhr wurde in Eisleben bei fünf Genossen Hausdurchsuchung abgehalten. Darunter Parteibüro. Etwas Belästertes ist nicht gefunden worden. Alle 5 wurden verhaftet. Bis 2 Uhr wieder in Freiheit. Darunter der Unterbezirkssekretär Wipprecht.

Wipprecht war am genannten Tage in Raumburg und wurde dort in seiner Wohnung verhaftet. Angeblich handelt es sich um eine Hausdurchsuchung nach Waffen. Vorher war ein Spieß dort und bot Waffen zum Kauf an, was aber abgelehnt wurde.

Gemeinsame Demonstration in Halle.

Halle, den 8. November 1921.

Die Halleschen Kommunisten begingen am 7. November im überfüllten großen Saale des Volkshauses den Gedenktag der siegreichen russischen Revolution. Die Gedankrede hielt Genosse Rebahteur Eilbermann. Die Veranstaltung verlief unter Vorträgen, Gesängen und Rezitationen in schönster Weise.

Für den 9. November rufen die drei sozialistischen Parteien und das Gewerkschafts-Farstell zu einer gemeinsamen Demonstration.

125 Prozent Dividende!

Karges-Sammer Maschinenfabrik in Braunschweig klagt über „wirtschaftliche Schwierigkeiten“, die den Geschäftsgang erschweren. Im übrigen verteilt sie 25 Prozent Dividende und dazu einen Bonus von 100 Prozent! Die schwergetroffenen Aktionäre hoffen aber, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Reparationskommission wieder in Berlin.

(D.A.) Paris, 7. November.

Der „Temps“ meldet, daß die Reparationskommission beschlossen hat, sich am Mittwoch wieder nach Berlin zu begeben, um sich davon zu überzeugen, daß die Reichsregierung die Maßnahmen durchführt, die ihr von der Garantiekommission aufgegeben worden sind. Insbesondere wird sie sich von der Erledigung der Zahlungsverpflichtungen überzeugen, die Deutschland am 10. Mai d. J. auf sich genommen hat.

Diese neuen Maßnahmen der Reparationskommission sind die Antwort der Entente auf die Forderung der „Richterfüllung“, die von der deutschen Bourgeoisie unter Führung der Stinnespartei erhoben wird.

Die deutsche Bourgeoisie weiß auf den Verlust Oberschlesiens und die Entwertung der Mark hin, um einerseits bei der Entente Mitbestimmungen der Reparationslisten zu erlangen, andererseits die Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiterschaft zu erreichen.

Bei der Entente wird sie keinen Erfolg haben. Schon von den neuen Schritten der Reparationskommission erklärte die Pariser Presse die Entwertung der Mark für ein betrügerisches Manöver Deutlands und für eine im Fall einer Zahlungsunfähigkeit Deutschlands materielle Pfänder.

Ob der andere Zweck der „Richterfüllungsparole“, die Wirkung auf die Arbeiter, erreicht wird, hängt von diesen selbst ab. Die Arbeiterschaft muß sich gegen wehren, den Bankrott Deutschlands bezaheln zu müssen und der Bourgeoisie Gelegenheit zu geben, aus diesem Bankrott neue Profitmöglichkeiten zu ziehen.

Ende des Textilarbeiterstreiks in Nordfrankreich.

Paris, 9. November.

Wie aus Combray gemeldet wird, versammelten sich gestern die streikenden Textilarbeiter, um zur Streiklage Stellung zu nehmen. Die Arbeiter erklärten, daß Combray der einzige Ort sei, wo der Streik geschlossen bis jetzt weitergeführt wurde. Um die Zersplitterung der Arbeiter zu verhindern, wurde beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter lehnen geschlossen zur Arbeit zurück, einzig die Transportarbeiter erklären, den Streik weiter führen zu wollen. Daraufhin stellte das Komitee der Gewerkschaften frei, über das weitere Vorgehen der Transportarbeiter zu entscheiden.

Während einer Reihe von Wochen fanden die nordfranzösischen Textilarbeiter in hartnäckiger und dauernder Abwehr gegen den heillosigen Lohnabbau der Unternehmer. Auch andere Arbeiterkategorien, die erkannt hatten, daß der Angriff der Textilarbeiter nur eine Etappe sei in dem allgemeinen Angriff der französischen Kapitalisten, so die Metallarbeiter und Eisenbahner, traten zu die Seite ihrer kämpfenden Kollegen. In einigen Orten wie in Halle

gelang es den Arbeitern, den Angriff der Unternehmer abzu- schlagen. In anderen Städten aber, vor allem in Ulm, später in Tourcoing war entweder der Streik nie vollkommen oder er begann abzuwachen. Es rächte sich die Taktik der französischen Gewerkschaftsführer vom Schlage eines Joubourg die mit gutem Erfolg versucht haben, den revolutionären Geist aus den französischen Gewerkschaften zu vertreiben. Über die Tatsache, daß in einigen Städten, wie in Roubaix, Galsnic, Tourcoing, die Arbeiterschaft - lge Wochen hindurch geschlossen kämpfte, beweist, daß der alte Kampfgeist in der französischen Arbeiterschaft in neuem Erwachen begriffen ist. L.

Streik der Wiener Krankentrassenärzte.

Wien, 8. November.
Die Wiener Krankentrassenärzte sind Freitag, 12 Uhr nachts, in den Streik getreten, da die Krankentrassen die von den Ärzten geforderte 200 prozentige Erhöhung der Gehälter nicht bewilligt haben. Die Krankentrassen erlassen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in welchem erklärt wird, daß den Krankentrassenärzten eine Erhöhung ihrer Bezüge um 100 Prozent angeboten wurde, was jedoch von diesen abgelehnt wurde. Mit diesem Angebot hätten die Krankentrassen die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht. Die vorhandenen Reserven müßten für die kommende Zeit der großen Arbeitslosigkeit aufgespart werden.

Amnestie in Sowjetrußland.

(O.) Moskau, 8. November 1921.
Das Russische Zentralerekutivkomitee hat anlässlich der vierten Jahrestagfeier die bereits gemeldete Amnestie auf weitere zahlreiche Kategorien ausgedehnt; außer auf die Soldaten der antibolschewistischen Armeen erstreckt sie sich auf die wegen gemeiner und politischer Verbrechen zu Gefängnisstrafen in Sowjetrußland Verurteilten.
Während die Feinde der russischen Arbeiter über den „bolschewistischen Terror“ zittern, gewährt Sowjetrußland seinen schlimmsten Feinden, den Weißgardisten, Straftatheit. In Deutschland aber schmachten, vor wie nach dem 9. November, Tausende tapferer Klassenkämpfer hinter den Zuchthausgittern. Die deutsche Republik gibt den Proletariern keine Amnestie. Sie braucht den Weissen Terror als Dauereinrichtung.

Französisches und englisches Kapital in Oberschlesien.

(U.) Gleiwitz, 8. November.
Die „Oberschlesische Volkstimme“ berichtet vor einigen Tagen, daß die staatlichen Gruben im Kreise Gleiwitz zu einer Art Aktiengesellschaft mit einem französischen Direktor an der Spitze zusammengeschlossen werden sollen.
Ein diese Meldung bestätigender Bericht lautet: Am letzten Sonntag erschienen bei der staatlichen Berginspektion der Königsgrube bei dem stellvertretenden Direktor Bergat Spinn zwei französische Bergingenieure, darunter der französische Ingenieur Jules Simon und mehrere französische Betriebsführer und erklärten, daß sie die Leute seien, die dazu auszuweichen seien, den Betrieb der Königsgrube zu übernehmen. Sie erkundigten sich eingehend nach Zahl und Art der vorhandenen technischen und kaufmännischen Beamtenstellen.
Weiter wird zuverlässig gemeldet, daß englisches Kapital im Kreise Pleß die dortigen Steinkohlenfelder erschließen soll.

Die Kleine Entente fordert die Abrüstung Ungarns.

Wien, 9. November.
Zu der Abrüstung Ungarns wird aus den diplomatischen Kreisen der Kleinen Entente erklärt, daß die Kleine Entente nach wie vor die vollständige Durchführung des Friedensvertrages von Trianon fordere. Von tschechischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Wahl des französischen Generals Weygand zum Vorsitzenden der Kommission, welche die Abrüstung Ungarns beaufsichtigen soll, einen Erfolg der Kleinen Entente bedeute. Weygand stand bisher in tschechischen Diensten und war zum Oberkommandanten in der Slowakei auferhoben. Es sei allgemein bekannt, daß er kein Freund der Magyaren sei. Nach einer Meldung des „Abend“ ist die Kleine Entente entschlossen, solange nicht die Abrüstung Ungarns erfolgt, die Mobilisierung aufrecht zu erhalten.

Wirbelsturm.

Roman von Ardor Nagy.
Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein
Nachdruck verboten.
„Darum brauchst du dir nicht viel einzubilden. Freue dich lieber darüber, daß du eine verheiratete Frau bist.“
„Lola sprach mit vorgehenden Lippen.“
„Mein Mann! Ujje! Mein Mann! ... Ansel! Nein, der kann nicht arbeiten. Sovon wird mich der erhalten, wenn man ihm das Geld fortnimmt?“
„Er wird schon etwas machen.“
„Du glaubst? Glaubst, wir können bleiben? Es wird uns kein Geld gekehren? Wir werden nicht verhungern?“
„Ihr werdet schon etwas tun! Sollte es nicht gehen, wende dich bloß an mich. Der Soldi wird schon etwas machen, er steht mit den Volkskommissaren auf gutem Fuß.“
„Und ich? Was denkst du! Könnte nicht auch ich arbeiten?“
„Sprich nicht so dumm. Was für Arbeit kannst du denn leisten?“
„Aber wozu werde ich dann leben?“
„Auch du wirst eine Proletarin sein! Der Staat hat für alle Proletarier zu sorgen, und so soll er sich doch selbst darüber den Kopf zerbrechen!“
„Herrlich!“ Lola begann umherzujubeln und zu applaudieren. Sie umarmte Manzi. Plappernde Jugend: Proletarier, Proletarier, kommen Sie herzu, schöner Proletarier!“
Manzi lachte mit dem breiten Lachen ihres Perseus.
„Du bist hundertmal narriker, als du warst!“
„Na, diesen Zirkus will ich mir noch ansehen!“ - Sie unterhielt sich über sich selbst und begann sofort spielerisch mit breitfüßigen Schritten das Gesen der Schaufenstäden nachzugehen. Sie dachte nicht einmal mehr daran, fortzureisen.
Am nächsten Tage erschien im Palais eine Kommission, von einer Schar armer und zerlumpter Leute begleitet. Magere Arbeiter mit eingesenken Gesichtern, schlumpige, aufgemerzte, frühgealterte, ungepflegte Kinder kamen mit der Kommission, und ähnelnde Leute mehr. Ein einarmiger Soldat, ein altes, ständes Weib mit drei verwaisten Entellkindern, eine fünfzehn-

Was tut not?

Diese Frage beantwortet Genosse Kadel in seinem Artikel: Sörlich und die Aufgaben der SPD.
Was jetzt in erster Linie not tut, ist eine große agitatorische Kampagne, nicht nur in den Versammlungen, in der Presse und im Parlament, sondern in erster Linie von Fabrik zu Fabrik, von Gewerkschaft zu Gewerkschaft, von Arbeiterhaus zu Arbeiterhaus. Wir wollen mit den Arbeitermassen zusammen auf den Straßen in den Erzberger-Tagen. Wir müssen mit ihnen und bei ihnen sein, wo sie vor dem Rodstock stehen, in dem ein paar kalte Kartoffeln die Ernährung ihrer Familie bilden, wo sie in der Fabrik am Ende der Woche den armseligen Lohn zählen, ohne zu wissen, wie sie damit auskommen. Und Schritt für Schritt muß dem Agitator - und Lehrer von uns, jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, die der Partei angehört, muß agitatorisch tätig sein - der Organisator folgen. Um unsere Forderungen in den Gewerkschaften müssen Millionen zusammengefaßt werden. Es müssen in den Häusern kommunistische Haus-Komitees gebildet werden, die für unsere Parteiorganisation das Mittelgefühl und die Sympathie jeder Hausfrau sammeln, die nicht weiß, wie mit dem Lohn des Mannes auszukommen, die Hunderte und aber Hunderte von Karl ins Steueramt zu tragen hat. Neben dem starken Organismus der Partei, dem nur bewusste Klassenkämpfer, bewusste Anhänger der proletarischen Diktatur angehören, gilt es ein weitmaschiges Netz solcher Organisationen zu bilden, die den Einfluß der Partei in die Massen tragen.
Diese Form der Organisation müssen sich unsere Genossen so schnell als nur möglich zu eigen machen. Unverzüglich muß mit der Arbeit begonnen werden. Es gilt einen Anschlag auf das gesamte Proletariat durch unsere Aufklärungsarbeit abzuwehren!

Die Kommunisten zur Steuerfrage.

Der Reichstag setzte am Dienstag nach Erledigung einiger kleiner Anfragen die Debatte über das Wirtschaftsteuerprogramm fort. Der rechtssozialistische Reichswirtschaftsminister Schmidt nahm seinen Staatssekretär Hirsch gegen die Dreifachleudereien Helfferichs und der Stinnesleute energisch in Schutz. Hirsch ist verdächtig, eine Neigung für die Goldwertfassung zu haben. Deshalb soll er zur Strecke gebracht werden. Man hofft in diesem Falle, dem Mantel den Herzog Wirth nachschicken zu können. Der Volksparteiler Weder hielt eine demagogische, auf die politische ungeschulten Hirne des deutschen Krautertums berechnete Verteidigungsrede für die Stinnesinteressen. Unmöglichkeit der Erfüllung des Ententeultimatums, Schutz des Eigentums vor steuerlichen Zugriffen, eine verdeckte Verherrlichung der Steuerdestruktion und indirekte Massenbesteuerung waren seine Grammophonwalzen. Der Unabhängige Dr. Herz ritt eine wütende Philippika gegen Dr. Helfferich, weil dieser am Tage vorher die offene Kampfaufnahme gegen die Entente proklamiert habe. Er erinnerte an die Helfferichschen Kriegsschadigungsforderungen und Kriegssteuerepolitik. Er behauptete, die deutsche Wirtschaft sei gesund, nur die Finanzen seien krank. Zur Sanierung der Finanzen forderte er allerlei kleine Mittelchen, einschließlich sich aber zum Schluß zu einer 25 prozentigen Konfiskation der Goldwerte als „Anfangsmaßnahme“. Ein kommunistischer Verlagsungsantrag wird abgelehnt. Auch die Unabhängigen stimmten dagegen. Hierauf hielt Genosse Höllein seine Steuerrede, die wir ausführlicher wiedergeben. Nach Höllein sprach schließlich für die kommunistische Arbeitsgemeinschaft Kurt Geyer, der sich in seinen Ausführungen im großen Ganzen auf den Boden des SPD-Steuerprogramms bewegte.

Reichstagsrede des Genossen Höllein.

Es war erschütternd, in welcher Weise vorigen Freitag der Reichsfinanzminister Hermes von dieser Stelle aus das Todesurteil über die bürgerliche Klasse ausgesprochen hat. Er tat das ohne eine Spur von innerer Erregung wie ein korbter feubaler Affessor. Es handelt sich in der Tat um das Todesurteil der deutschen Bourgeoisie. Denn ob sie nach der St. waltmethode des Dr. Helfferich oder nach der Erfüllungsmethode der kleinbürgerlichen Regierungskoalition handelt, beide führen notwendig zum Sturz, zum Untergang des deutschen Bürgerums. Die Rede des Dr. Hermes war nur eine Auseinandersetzung von Gemeinplätzen, die alle darauf hinausliefen, daß

jährige Gymnasiastin, bebrillt, sahgeflüchtigt. Und auch ein junger Mann, der bescheiden, wortlos im Hintergrund verharrte. Auf seinem mageren und feintrocknen Gesicht die Rattigkeit vielen Hungerns, in seinen traurigen Augen Sanftmut und Weisheit. Und noch hinter diesem jungen Mann verjähmt zusammengekauert ein sehr schönes und klug aussehendes hochgewachsenes Mädchen, in schlichten, ärmlichem Gewand, unter dem Arm eine große schwarze Schachtel mit medizinischen Instrumenten.
„Wir requirieren das Palais“ - sprach der Führer der Kommission - „dies sind die Obdachlosen, die hier Unterkunft finden sollen.“
Aber was nicht daheim; Lola empfing die Kommission. Da sie diesen traurigen Krupp gegenüberstand, wurde sie befangen, sprach zusammen, und in ihrer Seele sprach eine vernachlässigte, alte, von daheim mitgebrachte Menschlichkeit auf. Fast machte sie eine Gebärde, als wollte sie all diese vielen zerlumpten Menschen in die Arme schließen.
„Bitte“ - sagte sie sehr sticumblich - „es gibt hier Zimmer genug, verteilen Sie alles.“
Sie wurde mißtrauisch, aber voll Interesse angefaßt.
Am quirkte Wizzi vor die Kommission hin. Sie sprach überlegen und zierte sich.
„Im zweiten Stockwert ist für niemand mehr Platz“ - erklärte sie kurz - „das dort bleibt alles für uns, über die anderen Räume können Sie verfügen.“
„Sind Sie die Frau des Hauses?“ - wurde sie gefragt.
„Ja bin die Joje.“
„Und Sie?“ - lautete die Frage an Lola - „sind wohl eine Angehörige des Hauses?“
„Nein“, lachte Lola - „ich bin die Frau des Hauses.“
Ein unterlehter, bärtiger Arbeiter, der der Kommission angehörte, herrschte nun Wizzi mit gestrigem, hartem Gesicht an.
„Schämen Sie sich denn nicht“, sprach er, „dies hier ist ein Bourgeois“ - er wies auf Lola - „und bentumt sich wie ein anständiger Proletarier, Sie aber benehmen sich wie ein allerlehter, sinkender Bourgeois. Wir werden prüfen, was für eine Wohnung Sie bisher hatten, wahrscheinlich eine bessere, als andere Studenten-Genossin! Es ist nun einmal so, die Leute, die sich zur Bestimmung von Herren und Droschen hergeben, besitzen kein Proletarierbewußtsein.“
Lola trat nun vor den Arbeiter hin und sprach zu ihm wie ein kleines Schulmädchen: „Ja bitte schon, ich bin kein

das Proletariat und nur das Proletariat alle Klassen, auch der Wiebergutmachung zu tragen hat. Kein Wort von der einst verprochenen Erlassung der Goldwerte, kein Wort von der wachsenden Verelendung der werksfähigen Massen, sondern nur der Wille durch Scheinbesteuern, das Proletariat zur ruhigen Einnahme des größten Milliarden-Steuertrahns in der Geschichte zu veranlassen.

Die Auffassung des Ministeriums Wirths beruht auf dem Irrglauben, als ob es sich in Deutschland um eine blöke Finanzkrise handele. In Wirklichkeit ist die deutsche Finanzkrise nur eine notwendige Beileit- und Nebenerscheinung der Weltwirtschaftskrise, die das kapitalistische Geistes der ganzen Welt erschüttert. In dieser Lage helfen nicht Quacksalbermethoden, hier muß energisch in die bestehenden Eigentums- und Besitzverhältnisse eingegriffen werden. Denn das einzige Mittel, das dem Kapitalismus zu seiner Erhaltung verbürgen könnte, wäre die Hebung der Konsumtion der breiten Massen und die Aufgabe der kapitalistischen Wirtschaft. Da der Kapitalismus sich aber nicht zu der Aufhebung seiner eigenen Grundlage entschließen kann, bedeutet die heutige Krise die irdliche Krise des kapitalistischen Systems. Der Produktionsapparat in Deutschland, in Landwirtschaft, Industrie, Transport- und Bauwesen zeigt einen erschreckenden Rückgang. Wir haben heute höchstens 60 Prozent der Vorkriegsproduktion. Die Ursachen dieses Produktionsrückgangs liegen in der Verelendung des Produktionsapparates, der Verarmung der Wirtschaft, der durch dauernde Unterernährung herbeigeführten Verelendung der breiten Massen und dem wachsenden Selbstbewußtsein des Proletariats gegenüber dem Bürgertum. Der Ernährungszustand der breiten Massen in Deutschland zeigt einen erschreckenden Rückgang. Der Verbrauch von Brot, Kartoffeln, Fleisch usw. beträgt nur Bruchteile des Vorkriegsconsums. Hand in Hand damit geht die leibliche Ernüchterung der Arbeitermassen. Das Kinderelend schreit zum Himmel: 90 Prozent der Arbeiterjugend sind unterernährt, über 50 Prozent schwer unterernährt und über 20 Prozent sind bereits Friedhofskandidaten. Diese Zustände führen zur Verwirklichung der Voraussagen des Professor Gruber in München, daß in Deutschland 15 bis 20 Millionen Menschen absterben müßten, damit der Kapitalismus weiterleben könne. Trotzdem versucht das Kapital durch Arbeitszeit-, Gesetz- und Schlichtungsordnung die Ausbeutung der Arbeiterklasse und ihre Verelendung auf die Spitze zu treiben. Gleichzeitig wächst durch die Entwertung der Mark die Teuerung und drückt das Lebensniveau der Massen weiter herab. Derselbe Teuerung wird aber für das Kapital zur Quelle märchenhafter Gewinne. Die Marktentwertung ist überhaupt die Grundlage der deutschen Exportproduktion. Die Kullühne der deutschen Arbeiter ermöglichen erst die Schuldentkonkurrenz auf allen Märkten. Trotzdem naht mit Riesenschritten eine neue Wirtschaftskrise mit riesenhafter Arbeitslosigkeit.

Die Valutaentwertung ist nicht nur durch wirtschaftliche, sondern auch durch eminent politische Faktoren bestimmt. Die deutsche Bourgeoisie verhärtet sie mit Absicht. Sie will den Staatsbankrott, um sich vor der Reparation zu bräuen. Sie will den Sturz der Regierung Wirth, um die letzte Gefahr einer Besteuerung des Besitzes zu vereiteln. Sie will die Stinneskoalition, die einen Teil der Arbeiter zum Büttel und Fronvogt über ihre Klaffengenossen macht. Sie will die

Stinneskoalition der Eisenbahnen und öffentlichen Betriebe.

Sie will die letzten Reste vom Staatskapitalismus in Deutschland austrotten, um einer Erlassung ihres Besitzes vorzubeugen. Diese bewusste politische Gaunerei des Kapitals fällt zeitig zusammen mit der noch größeren Gaunerei, die sich „Kreditation der deutschen Industrie“ nennt. Nicht Vaterlandinteressen, sondern nackter Vorlemonaipatriotismus sind die Triebfedern des Kapitals. Die Kreditation soll es vor der Erlassung der Goldwerte schützen, die vom Kabinett Wirth zunächst nur versprochen ist. Die Rechtssozialisten brauchen das Feigenblatt der Goldwerte, um ihren neuen Verrat im Steuerkampfe zu verdecken. Erzberger ist ermordet worden wegen seiner paplernen Steuergeetze. Wirth wird ermordet werden, wenn er es wagt, die Goldwerte zu erfassen. Die Industriedebitation will die Reichsregierung zum willenlosen Pudel des Kapitals erbedrigen, die Stinneskoalition erpressen und sich vor der sozialen Revolution durch interessierte Verzeihung des Ententemilitarismus schützen. Interessant ist, daß die Anranga zu der Schieberaktion der Industrie von dem auch-sozialdemokratischen Parvus ausgeht.

Ist es möglich, aus dem Ertrage der um 60 Prozent zurückgegangenen Produktion die Reparationen zu zahlen, die deutsche Kapitalistenklasse zu erhalten, dem deutschen Proletariat Lebensunterhalt zu gewähren und den Produktionsapparat zu erneuern? Die Regierung befaßt diese Fragen mit verbrecherischem Leichtsinne? Ihr Steuerprogramm will die ausgehungerten, unterernährten, verelendeten Massen noch tiefer herabdrücken. Trotzdem erreicht es bei weitem keine Baulastierung des Reichshaushalts. Im Gegenteil, das Defizit wird nicht geringer, sondern immer größer werden. Und damit wächst die Geldentwertung, die Teuerung und das Elend der breiten Massen. 238 Mil-

stündender Bourgeois, rieche gut, bin ein Bauernmädchen, habe schon zehn Jahre nach Pest Milch getragen, und zwölf Jahren war ich Kinderinädchen in der Besseleny-Gasse, ich arbeitete immer, und arbeitete auch später, in einem Hutgeschäft, bei einer Schneiderin. ... kann wirklich nicht dafür, daß es dann anders wurde, denn ich wuchs heran, und da sagte man mir, ich sei so schön, daß ich nicht arbeiten müsse, denn ich könne auch ohne Arbeit gut leben.“
Die Arbeiterinnen schauten sie gerührt, mit mütterlichen Mienen an; der bärtige Mann nahm das festsame, mühevollige, aber einem Augenblick lang aufrichtige Gesichtnis mit diszipliniertem Mißtrauen entgegen.
„Schon gut“ - sagte er kurz - „jetzt entdeckt plötzlich jeder, daß er ein Proletarier ist. Zeigen Sie uns Ihr Palais, sagen Sie uns, was wir nehmen können, denn wir haben es eilig.“
„Bitte“ sprach sie gehorsam - „kommen Sie mit mir. Sie können alles nehmen, belieben Sie bloß alles zu nehmen!“
„Geben Sie's so leicht?“
„Freilich! Es gehört einem reichen Bourgeois, einem reichen Juden namens Abel. Gehörte lange genug ihm.“
„Belieben Sie denn nicht, seine Frau zu sein?“
„Doch. Auch ich gehöre ihm. Er kaufte alles, was er brauchte.“
Sie jog die Schultern hoch und lachte.
„Bestien!“ - murkte der eine Arbeiter, und in seinen Augen loderte der Haß.
Der Führer der Kommission schüttelte den Kopf, maß Lola mißtrauisch von der Seite, sprach aber nichts. Er nahm Rabier, Rotigen hervor, schaute der Reihe nach in die Stuben und verteilte nachher die Wohnungen an die Anwesenden. Ein kleiner, frumwelliger Schreiber steckte sofort die Wohnungsscheine aus und überreichte sie den Leuten, die rasch vorwärtskriechen. Hinter ihnen hub ein leises Murren an. „Hier ist kein Bett. ... Wo werde ich kochen? ... Die Kinder werden dieses viele Zeug zerbrechen? ... Ich will keine gemeinsame Küche. ... Wie soll ich immer ins obere Stockwert kriechen? ... Hier gibt's nirgends einen Schornstein, für einen Spatierbild keinen Platz!“ - und beriet ähnliche erschreckende Bemerkungen begleiteten den Führer. ... „Ah, auf diesem glatten Fußboden wird ja das Kind immer fallen!“ - lautete die eine Frau aus. ... „Ich will doch das Geld brechen.“ - „Wir werden Geld brechen“ - beruhigte sie ihr Mann. ... „Lamentieren wir nicht!“ -

(Fortsetzung folgt)

